

4/SN-403/ME



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

711.002/37-II 1/1994
GZ

An das
Präsidium des
Nationalrates

Parlament
1017 Wien

Museumstraße 7
A-1070 Wien

Briefanschrift
A-1016 Wien, Postfach 63

Telefon
0222/52 1 52-0*

Telefax
0222/52 1 52/727

Fernschreiber
131264 jusmi a

Teletex
3222548 = bmjust

Sachbearbeiter

Klappe

(DW)

H. Alsch *Korrek*

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Waffengesetz 1986 geändert wird (Zweite
Waffengesetznovelle 1994);
Begutachtungsverfahren;

BUNDESGESETZENTWURF	
Zl.	68
Datum:	2. NOV. 1994
Verteilt	8. Nov. 1994

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, 25 Ausfertigungen der gegenüber dem Bundesministerium für Inneres erstatteten Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Waffengesetz 1986 geändert wird (2. Waffengesetznovelle 1994), zu übermitteln.

28. Oktober 1994

Für den Bundesminister:
Miklau

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

711.002/37-II 1/1994

GZ

An das
Bundesministerium für Inneres

Herrengasse 7
1014 Wien

Museumstraße 7
A-1070 Wien

Briefanschrift
A-1016 Wien, Postfach 63

Telefon
0222/52 1 52-0*

Telefax
0222/52 1 52/727

Fernschreiber
131264 jusmi a

Teletex
3222548 = bmjust

Sachbearbeiter

Klappe

(DW)

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Waffengesetz 1986 geändert wird (Zweite
Waffengesetznovelle 1994);
Begutachtungsverfahren;

95.016/24-IV/11/94/E.

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, zu dem im Gegenstand
genannten Entwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Das Bundesministerium für Justiz anerkennt das Bestreben, den Erwerb und den Besitz der als "Pumpguns" bekannten Schrotgewehre durch Aufnahme in den Katalog der verbotenen Waffen (§ 11 Abs. 1 des Waffengesetzes 1986) zu kontrollieren bzw. den Großteil solcher Waffen aus dem Verkehr zu ziehen und stimmt daher der Novelle grundsätzlich zu.

Im Hinblick auf das das Strafrecht beherrschende Gesetzlichkeitsprinzip (§ 1 Abs. 1 StGB) erscheint es allerdings bedenklich, einen bislang rechtmäßigen Besitzer einer solchen Waffe schon dann zu kriminalisieren, wenn er lediglich - die nunmehr verbotene - Waffe nicht innerhalb der in Art. II Abs. 1 normierten Frist abliefern bzw. keine Ausnahmegewilligung beantragt. Für jene Personen, die diese Frist versäumen, sollte eine Möglichkeit geschaffen werden, Straffreiheit dadurch zu erlangen, daß sie in einer Art "tätiger Reue" solche Waffen der Behörde abliefern. Nach Ansicht des

Bundesministeriums für Justiz erschiene es zweckmäßig, eine solche Regelung nicht auf Pumpguns zu beschränken, sondern die jetzige Novelle zum Anlaß zu nehmen, einen allgemeinen Strafaufhebungsgrund für den Fall vorzusehen, daß verbotene Waffen und Munition der Behörde abgeliefert werden. Damit könnte - in Verbindung mit einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit - die sicherheitspolitische Zielsetzung des Entwurfs, solche Waffen aus dem Verkehr zu ziehen, sogar noch verstärkt werden. Von einer Entschädigung im Sinne des Art. II Abs. 3 könnte in solchen Fällen abgesehen werden.

Es wird deshalb vorgeschlagen, in den Entwurf folgenden Artikel I Z 3 aufzunehmen:

Dem § 36 wird folgender Abs. 3 angefügt:

"(3) Nach Abs. 1 ist nicht zu bestrafen, wer freiwillig, bevor eine Behörde im Sinne des § 151 Abs. 3 des Strafgesetzbuches von seinem unbefugten oder verbotenen Besitz erfahren hat, der Behörde (§ 34) die Waffen oder sonstigen Gegenstände abliefert."

Die Erläuterungen könnten etwa wie folgt formuliert werden:

"Zu Art. I Z 3:

Das Waffengesetz 1986 verfolgt das Ziel, den Erwerb und den Besitz bestimmter Arten von Waffen und Munition, denen ein besonderes Gefährdungsmoment innewohnt, zu untersagen. Die im Art. I Z 1 getroffene Regelung soll zur Folge haben, daß Personen, die eine "Pumpgun" nicht innerhalb der vorgesehenen Frist abliefern bzw. nicht innerhalb dieser Frist um eine Ausnahmegewilligung ansuchen, strafbar werden, obwohl sie diese Waffe rechtmäßig erworben haben. Um einerseits eine unerwünschte Kriminalisierung solcher Personen zu vermeiden und andererseits im Sinne der sicherheitspolitischen Zielsetzungen des Gesetzes einen Anreiz dafür zu schaffen, eine solche Waffe auch noch nach der im Gesetz vorgesehenen Frist der Behörde abzuliefern, soll der freiwilligen Übergabe

einer solchen Waffe im Sinne des Gedankens der "tätigen Reue" strafbefreiende Wirkung zukommen.

Diese Überlegungen treffen auch auf die anderen im § 36 Abs. 1 WaffnG genannten Gegenstände zu, die ebenfalls rechtmäßig - etwa durch Erbschaft - in den Besitz einer Person gelangen können. Auch in diesen Fällen wird mitunter die Frist für eine Ablieferung (§ 25) versäumt und von einer Meldung an die Behörde im Hinblick auf die mögliche Strafverfolgung wegen § 36 Abs. 1 WaffnG Abstand genommen. Diesen Personen soll durch die vorgeschlagene Bestimmung gleichsam eine "goldene Brücke" in die Strafflosigkeit gebaut und damit erreicht werden, daß eine Ablieferung verbotener Waffen nicht bloß aus Furcht vor möglicher Strafverfolgung unterbleibt.

Voraussetzung des Vorliegens dieses Strafaufhebungsgrundes ist die Freiwilligkeit des Täters; erforderlich ist also, daß er ohne Zwang seinen Besitz durch Ablieferung der Waffe an die Behörde aufgibt, bevor die Strafverfolgungsbehörden (das sind die Sicherheitsbehörden und deren Organe, die staatsanwaltschaftlichen Behörden, die Strafgerichte sowie das Bundesministerium für Justiz) etwas von seinem Besitz erfahren haben. Ein Tätigwerden der Behörde ist nicht nötig, es reicht schon ein substantiierter Verdacht gegen den Täter im Sinne des § 175 StPO für den Ausschluß des Strafaufhebungsgrundes aus."

*

Sollte diesen Erwägungen nicht gefolgt werden können, so könnte der vorgeschlagene Strafaufhebungsgrund auch bloß auf den Besitz von "Pumpguns" beschränkt werden; in diesem Fall wäre dem Art. II folgender Abs. 4 anzufügen:

"(4) Nach Ablauf der in Abs. 1 festgesetzten Fristen ist nicht nach § 36 Abs. 1 Z 2 zu bestrafen, wer eine nach § 11 Abs. 1 Z 4 verbotene Waffe der Behörde (§ 34) freiwillig abgeliefert, bevor eine Behörde im Sinne des § 151 Abs. 3 des Strafgesetzbuches von seinem verbotenen Besitz erfahren hat.

2. Weiters wird vorgeschlagen, die in Art. II Abs. 1 genannten Fristen - der Systematik des WaffenG entsprechend (§§ 25 Abs. 1, 42 Abs. 1) - auf 6 Monate zu verlängern.

28. Oktober 1994

Für den Bundesminister:

Miklau